

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg  
Institut für Politische Wissenschaft  
Modul POL\_WP 9C: Demokratisierung im Pazifischen Asien  
Dozent: Philip Lorenz, M.A.

Seminararbeit:

**Kontextfaktoren, Mechanismen und Auswirkungen der Finanzkrise Asiens -  
Thailand, Indonesien, Malaysia und Südkorea**

vorgelegt von  
Michael Meier  
Matrikelnummer: 2822987  
E-Mail: mi.meier@t-online.de

Bogotá August 2012

## Inhalt

1. Einleitung.....	1
2. Allgemeine Erläuterungen.....	2
2.1. Entstehungsursachen.....	2
2.2. Wirtschaftlicher Mechanismus.....	3
3. Vergleichende Fallstudien.....	4
3.1. Thailand.....	4
3.1.1. Kontextfaktoren.....	4
3.1.2. Mechanismen und Auswirkungen.....	6
3.2. Indonesien.....	10
3.2.1. Kontextfaktoren.....	10
3.2.2. Mechanismen und Auswirkungen.....	12
3.3. Malaysia.....	15
3.3.1. Kontextfaktoren.....	15
3.3.2. Mechanismen und Auswirkungen.....	17
3.4. Südkorea.....	20
3.4.1. Kontextfaktoren.....	20
3.4.2. Mechanismen und Auswirkungen.....	22
4. Gemeinsame Mechanismen und Auswirkungen.....	24
5. Literaturverzeichnis.....	27

## 1. Einleitung

Die Geschichte des Kapitalismus scheint eine Geschichte von Wirtschafts- und speziell Finanzkrisen zu sein. Beginnend mit dem spanischen Staatsbankrott von 1557, der holländischen Tulpenkrise von 1637, über die erste Weltwirtschaftskrise von 1857, der großen Depression der 1930 Jahre, den Ölkrisen der 1970er Jahre oder den Wirtschaftskrisen Lateinamerikas, bis hin zur globalen Wirtschaftskrise von 2008 scheinen sich die Abläufe zu wiederholen.<sup>1</sup> Auch die seit 2009 nicht abreißen wollenden Berichte über bevorstehende griechische oder spanische Staatspleiten, eine drohende europäische Bankenkrise oder sogar den Zusammenbruch der Europäischen Gemeinschaft passen in dieses Bild.<sup>2</sup> Asiens Finanzkrise von 1997 scheint sich in die Geschichte des Kapitalismus einzureihen und stellt für Webber zudem eines der Schlüsselereignisse unserer Zeit dar.<sup>3</sup>

Ziel dieser Arbeit ist es deswegen, die Asienkrise nicht nur aus einem globalen Blickwinkel heraus zu verstehen und darzustellen, sondern im Besonderen gemeinsame Mechanismen und Auswirkungen auf polit-ökonomische Systeme aufzuzeigen. Die Fallauswahl beschränkt sich hier auf die vier von der Krise am härtesten getroffenen Länder Thailand, Indonesien, Malaysia und Südkorea. Trotz der unterschiedlichen politischen und ökonomischen Systeme der vier Fälle, versucht diese Arbeit, die Asienkrise als ein Ganzes zu sehen. Der Fokus liegt hierbei also auf den globalen Phänomenen der polit-ökonomischen Systeme im Vergleich.

Die Leitfragen dieser Arbeit sind somit folgende: Welche gemeinsamen Kontextfaktoren haben zum simultanen Auftreten der Finanzkrise in den vier untersuchten Länder geführt? Wo gab es Unterschied in den Kontextfaktoren? Wo sind gemeinsame Mechanismen und Muster der Krise zu erkennen? Und wie wirken sich diese Mechanismen in Kombination mit den Kontextfaktoren auf die polit-ökonomischen Systeme aus?

Die Arbeit stellt dabei zuerst einen allgemeinen Überblick über verschiedene Entstehungsursachen sowie den wirtschaftlichen Ablaufprozess der Finanzkrise dar. In den folgenden Fallstudien wird dann jeweils in einem ersten Teil ein kurzer historischer Überblick

---

<sup>1</sup> Vgl. MÖNNIGHOFF, PATRICK: *Der Blick zurück: Alles schon mal dagewesen*. Handelsblatt GmbH, Düsseldorf. <http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/anlegerakademie/der-blick-zurueck-alles-schon-mal-da-gewesen-seite-all/2743628-all.html> - 19.08.2012

<sup>2</sup> Vgl. LANG, ANNE-SOPHIE: *Eine Chronik der Euro-Krise*. Zeit-Online Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Hamburg. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-09/chronologie-eurokrise> - 19.08.2012

<sup>3</sup> Vgl. WEBBER, MICHAEL (2001): *Finance and the real economy: theoretical implications of the financial crisis in Asia*. In: *GEOFORUM* 32 (1), S. 1.

über die für die Krise relevanten Kontextfaktoren gegeben. Ein sich anschließender zweiter Teil spiegelt dann die jeweiligen, sich seit dem Beginn der Krise abspielenden Mechanismen und Auswirkungen wider. Die Gemeinsamkeiten der Fallstudien werden in einem abschließenden Teil festgehalten und mit allgemeinen Informationen über Krisenauswirkungen der Region Südostasien ergänzt.

## **2. Allgemeine Erläuterungen**

Die allgemeinen Erläuterungen geben erste Antworten auf die Frage, welche globalen Phänomene und Veränderungen unserer Zeit zur Ermöglichung der Krise beigetragen haben. Des Weiteren werden gemeinsame wirtschaftliche Mechanismen der Asienkrise aufgezeigt.

### **2.1. Entstehungsursachen**

Nach Han und Lim gibt es für die Asienkrise 3 unterschiedliche Erklärungsansätze. Vertreter eines ersten extremer Standpunktes, so beispielsweise auch Malaysias Premierminister Mahatir, sprechen bei der Asienkrise von einer internationalen Verschwörung von „jüdischen Bankern“ und Spekulanten.<sup>4</sup> Westliche Regierungen und Financiers versuchten demnach, Asien noch schneller in eine - nach dem anglo-amerikanischen Vorbild - liberale, marktorientierte und demokratische Region zu verwandeln. Die Maßnahmen des IWF hatten dabei nicht die Hilfe der asiatischen Ökonomien, sondern nur die westliche Interessensvertretung zum Ziel.<sup>5</sup>

Eine zweite, moderatere Erklärung liefert nach Bowles die Globalisierung, die die Staaten zunehmend anfälliger für externe Shocks werden lässt. Die Globalisation kann demnach als eine Machtverschiebung von Nationalstaaten zu transnationalen (ökonomischen) Akteuren verstanden werden. In der Asienkrise sieht er somit eine Krise der Globalisierung.<sup>6</sup> Er beschreibt die Krise wie folgt: „*It is about states losing too much power to international*

---

<sup>4</sup> Vgl. HAN, JOON; LIM, HYUN-CHIN (2003): *The Social and Political Impact of Economic Crisis in South Korea: A Comparative Note*. In: *ASIAN JOURNAL OF SOCIAL SCIENCE* 31 (2), S. 198f.

<sup>5</sup> Vgl. DADUSH, URI B.; DAS GUPTA, DIPAK; UZAN, MARC (2000): *Private capital flows in the age of globalization. The aftermath of the Asian crisis*. Northampton, MA: Edward Elgar Pub., S. 274f.

<sup>6</sup> Vgl. BOWLES, PAUL (2002): *Asia's post-crisis regionalism: bringing the state back in, keeping the (United) States out*. In: *REVIEW OF INTERNATIONAL POLITICAL ECONOMY* 9 (2), S. 249.

*financial markets and about the attempts of nation states to regain lost controls.”<sup>7</sup> Einen ähnlichen Ansatz liefert Jomo:*

*„It is now increasingly clear that the crises have been due to the undermining of previous systems of international and national economic governance due to deregulations and other developments associated with financial liberalisation and globalisation, i.e. the subversion of effective financial governance at both international and national levels created conditions that led to the crisis.”<sup>8</sup>*

Eine dritte Fraktion (oft von IWF und WB vertreten) spricht bei der Krise davon, dass vor allem Krony-Kapitalismus<sup>9</sup> und Nepotismus Schuld an der Krise hatten. Die zunehmende polit-ökonomische Entscheidungsmacht der Kronies führte dabei auf Grund von Korruption, fehlender Transparenz und staatlichen Sicherheitsgarantien zu wirtschaftlichem Missmanagement, Überinvestitionen, faulen und zu risikoreichen Krediten, und am Ende zu einer wirtschaftlichen Blase.<sup>10</sup>

## **2.2. Wirtschaftlicher Mechanismus**

Auf Grund der vom IWF geförderten Liberalisierungen und Deregulierungen v.a. im Finanzsektor, kommt es ab den 1990er Jahren zur Ansammlung großer Mengen privater Auslandsschulden mit kurzer Frist (kürzer als ein Jahr). In Malaysia, Indonesien, Thailand und Südkorea steigen die Auslandsschulden zwischen 1992 und 1997 insgesamt von 42,8 Mrd. US\$ auf 120,8 Mrd. US\$. Mitte 1997 kommt es zu einem plötzlichen und massiven Geldabfluss der angesammelten Auslandsschulden. Der drastische Exodus führte nach gescheiterten Verteidigungsversuchen zu starken Abwertungen der Währungen.<sup>11</sup> Die Abwertung der Währung verursachte fallende Börsenwerte, was wiederum Firmen und Finanzinstitute in die Insolvenz trieb. Anfängliche Konkurse verursachten erneute Kreditausfälle und wiederum Insolvenzen. Der Mangel an Kapital wurde oft durch

---

<sup>7</sup> Zit.: Ebd.: 249.

<sup>8</sup> Zit.: DADUSH; DAS GUPTA; UZAN 2000: 25f.

<sup>9</sup> “The term *crony capitalism* refers to forms of capitalism in which leading businessmen enjoy close personal relationships with key politicians. Crony capitalism is often associated with corruption and many commentators have seen it as a major obstacle to Third World development.” (Zit.: INTERNATIONAL ENCYCLOPEDIA OF SOCIAL SCIENCE: “*Crony Capitalism*”. HighBeam Research, Chicago. <http://www.encyclopedia.com/doc/1G2-3045300489.html> - 24.08.2012

<sup>10</sup> Vgl. HAN; LIM 2003: 198.

<sup>11</sup> Vgl. WEBBER 2001: 6f.

Hochzinspolitiken<sup>12</sup> verstärkt, und es kam zu Liquiditäts- und Bankenkrisen und zu weiteren Konkursen. Entlassungen führten zu verminderter Nachfrage und verstärken den Teufelskreis zusätzlich.<sup>13</sup> Um den jeweiligen Staatsbankrott abzuwenden, mussten Thailand, Indonesien und Südkorea den IWF um Finanzhilfen von insgesamt 110 Mrd. US\$ bitten.<sup>14</sup>

### 3. Vergleichende Fallstudien

Die Einzelfallstudien geben einen historischen Überblick über die Entwicklung der jeweiligen polit-ökonomischen Systeme und zeigen die beim Eintreten der Krise bestehenden Kontextfaktoren auf. Anschließend werden Mechanismen und Auswirkungen der Krise erläutert.

#### 3.1. Thailand

##### 3.1.1. Kontextfaktoren

Thailands politisches System ist historisch durch wechselhafte Phasen gekennzeichnet. Auf kürzere Perioden demokratischer Erfahrung (Parlamentarische Demokratie von 1944-1947, 1975-1976 und ab 1992), die durch Militärcoups (Militärcoups 1947, 1957 und 1976) beendet wurden, folgten längere Phasen militärgeführter Regime.<sup>15</sup> Zur Legitimation und als extra-konstitutioneller Krisenmanager wurde dabei vom Militär die Macht der Monarchie vor allem ab 1958 systematisch unterstützt und aufgebaut.<sup>16</sup> Die Wirtschaft war bis Anfang der 1990er Jahre stets gekennzeichnet durch eine starke Kontrolle der Militärbükratie, welche auch die seit Anfang der 1980er Jahre beginnende und sich in den 1990er Jahren noch weiter verstärkende Liberalisierungen der Wirtschaft überwachte.<sup>17</sup> In dieser Zeit kommt es zu immer engeren Kooperationen zwischen Militär-, Wirtschaftselite und

---

<sup>12</sup> durch möglichst hohe Zinsen sollen dabei v.a. internationale Investoren angelockt und zurückgewonnen werden (Ebd.: 4.)

<sup>13</sup> Vgl. DADUSH; DAS GUPTA; UZAN 2000: 13, 24 und 40.

<sup>14</sup> Vgl. WEBBER 2001: 2.

<sup>15</sup> Vgl. FREEDMAN, AMY L. (2006): *Political change and consolidation. Democracy's rocky road in Thailand, Indonesia, South Korea, and Malaysia*. 1st. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 32f und AMMAR, SIAMWALLA (2011): *Thailand after 1997*. In: *ASIAN ECONOMIC POLICY REVIEW* 6 (1), S. 74.

<sup>16</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 32 und MCCARGO, DUNCAN (2005): *Network monarchy and legitimacy crises in Thailand*. In: *THE PACIFIC REVIEW* 18 (4), S. 505.

<sup>17</sup> Vgl. AMMAR 2011: 68.

Monarchie v.a. in ökonomischen Schlüsselpositionen. Lim und Stern beschreiben dies wie folgt: *“Thai business was dominated by large family-owned conglomerates dependent on both national patronage, and external trade and financial networks.”*<sup>18</sup> Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Rückgang der Militärausgaben, werden zunehmend Stimmen lauter, die eine Abgabe der politischen Macht des Militärs fordern. An die Stelle des Militärs versuchen seit Anfang der 1990er Jahre vermehrt Wirtschaftseliten zu treten. Ihre schwindende politische Macht sowie ein zunehmend von ökonomischen Eliten geführtes Regime veranlassen das Militär 1992 erneut zu einem Coup. Der Versuch des Militärs, erneut zu putschen, provoziert große und blutige Demonstrationen und endet mit der Transition Thailands zur Demokratie.<sup>19</sup>

McCargo beschreibt dass: *“...the violence of May 1992 signalled it was time to stop relying on the military and the monarchy...”*<sup>20</sup> Die Dominanz der Militärbükratie wird mit der Demokratisierung Thailands 1992 geschwächt, und es folgt nach Lim und Aaron: *“...the rise of first Bangkok, and then provincial, business, in challenging military authority;”*<sup>21</sup> Die Wirtschaft spielte schon ab den 1980er Jahren eine immer größere Rolle bei der Finanzierung der Politik. Die politischen Folgen des erneuten Putschs des Militärs beschreibt Prasirtsuk wie folgt:

*„The self-awakening of leading business elites happened earlier, around the 1992 Black May Incident, when key players came to realize the negative impact of politics on their economic interests. Unstable politics not only dimmed the domestic business climate but also affected their international transactions in an increasingly interdependent world.”*<sup>22</sup>

Die Wirtschaftselite nutzt nun in den 1990er Jahren die neu gewonne Macht, um diese auf der einen Seite politisch, durch den Druck auf eine neue Verfassung, abzusichern und auszubauen. Auf der anderen Seite werden ökonomisch, durch zunehmende Liberalisierungen vor allem im Finanzsektor, die Konglomerate mit billigeren ausländischen Krediten versorgt und weiter vergrößert. So kam es bis November 1996 zu einem immer größeren Anstieg von auf kurze Frist angelegten ausländischen Schulden. Der größte Teil der

---

<sup>18</sup> Zit. LIM, LINDA Y. C.; STERN, AARON (2002): *State power and private profit. The political economy of corruption in Southeast Asia*. In: *ASIAN PACIFIC ECONOMIC LITERATURE* 16 (2), S. 31.

<sup>19</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 32f.

<sup>20</sup> Zit.: MCCARGO 2005: 507.

<sup>21</sup> Zit.: LIM; STERN 2002: 31.

<sup>22</sup> Zit.: PRASIRTSUK, KITTI (2007): *From Political Reform and Economic Crisis to Coup d'état in Thailand: The Twists and Turns of the Political Economy, 1997–2006*. In: *ASIAN SURVEY* 47 (6), S. 881.

Auslandsschulden, ca. 90%, entfielen dabei auf den zuvor liberalisierten Privatsektor.<sup>23</sup> Auf Grund von schwachen Exportwachstumsraten, Gerüchten über Korruption in der Regierung<sup>24</sup> und einer vermuteten Überbewertung der Währung, beginnen ausländische Anlagebanken und Spekulanten ab November 1996 den thailändischen Baht zu attackieren. Nach gescheiterten Verteidigungsversuchen der Währung musste die Regierung Anfang Juli 1997 die Fixierung der Wechselkurse aufheben. Dieser Schritt gilt im Nachhinein als Startpunkt und Auslöser der Finanzkrise Asiens.<sup>25</sup>

*Kontext:* Die Asienkrise trifft in Thailand Mitte 1997 auf ein seit 1992 demokratisches System, welches seit der Transition mit **Spannung** zwischen der neu **aufgestiegenen Wirtschaftselite** und den alten konservativen Kräften des Militärs und der Monarchie versehen ist.

### 3.1.2. Mechanismen und Auswirkungen

Die Aufhebung der quasi festen Wechselkurse führte auf Grund von befürchteten Abwertungen, sowie durch Spekulanten, die auf eine Abwertung des Baht setzten, zu einem massiven und abrupten Abfluss des seit den 1990er Jahren angesammelten Auslandskapitals. Der Baht begann schnell und stark abzuwerten. Da die absehbaren Konditionen zur Schwächung einiger seiner engsten Verbündeten führen würde, versuchte Premierminister Chavalit zunächst von IWF Hilfen abzusehen. Die andauernde Abwertung des Bahts zwang Chavalits Regierung aber schon Ende Juli dazu, den IWF um Hilfszahlungen zu bitten.<sup>26</sup> Der IWF Rettungsschirm beinhaltete die folgenden Konditionen:

*„Cut government and military spending; stop the bail-out of troubled property and finance sectors; raise excise and sales taxes; raise interest rates; liberalize trade in oil and consumer goods; cut the import of luxury goods; cut budget of state enterprises; privatize and downsize state enterprises.“<sup>27</sup>*

Auf Grund unzureichender neoliberaler Reformaussichten sowie der innerpolitischen Unruhen wegen des Streits um die neue Konstitution<sup>28</sup> blieb das Vertrauen der

---

<sup>23</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 69f.

<sup>24</sup> Neue Banklizenzen wurden ohne sorgfältige Risikoprüfungen an mit der Regierung eng in Kontakt stehende Personen vergeben (Vgl. DADUSH; DAS GUPTA; UZAN 2000: 42.)

<sup>25</sup> Vgl. DADUSH; DAS GUPTA; UZAN 2000: 42f.

<sup>26</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 37.

<sup>27</sup> Zit.: PRASIRTSUK 2007: 47.

<sup>28</sup> Als Reaktion auf den gescheiterten Coup und den Blutigen May 1992 wurden von Eliten, Intellektuellen und NGOs Rufe für eine neue Konstitution laut. Im November 1996 wurde so die Constitutional Drafting Assembly (CDA) mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt. (Vgl. FREEDMAN 2007: 39f.)



internationalen Finanzwelt weiterhin aus.<sup>29</sup> Die Entscheidung über die neue Verfassung, die v.a. gegen die alte konservative Regierung, das Militär<sup>30</sup> und gegen die mächtigen lokalen Eliten gerichtet war, sollte im September 1997 im Parlament getroffen.<sup>31</sup> Die von Chavalit geführte konservative Koalition wollte die Umsetzung der neuen Konstitution so lange wie möglich verhindern. Eine Aussage eines führenden Mitgliedes der verfassungsgebenden Versammlung zeigt allerdings den auf Chavalits Regierung lastenden Druck: „*If Chavalit and his New Aspiration Party refuse to accept it, it might make the public angry, and businessmen in particular might come out with others to oust Chavalit. There might be a crisis.*“<sup>32</sup> Im August und September 1997 kommt es in Bangkok zu, von Wirtschaftsgruppen organisierten Kundgebungen mit tausenden Beteiligten, in denen die Unterstützung für die neue Konstitution gefordert wird. Durch den Druck der ökonomischen Elite in Zeiten der wirtschaftlichen Krise wurde die Verfassung im September 1997 vom Parlament verabschiedet.<sup>33</sup>

Da auf Grund der politischen Tumulte bis November immernoch keine genauen Pläne der Regierung zur Umsetzung des IMF Rettungsschirms vorhanden waren, blieb das Vertrauen der internationalen Finanzwelt weiter aus. Der sich weiter abwertende Baht übte weiter Druck auf die Regierung aus.<sup>34</sup> Prasirtsuk schätzt die Bedenken der Wirtschaftselite wie folgt ein:

*“However, it was the 1997 financial crisis that convinced leading businessmen not to remain on the sidelines. In their view, it would be anachronistic and harmful to leave the country in the hands of provincial politicians and bureaucrats, who were seen as incapable to deal with a globalized and competitive world. As noted by Dhainin Chearavanont, the head of the CP Group, ‘This is an age of economic war. It’s crucial that we have a prime minister who understands business and the economy’.*“<sup>35</sup>

Als sich die wirtschaftliche Lage nicht verbessert, und die Demonstrationen weiter anhalten, erklärt Chavalit im November 1997 seinen Rücktritt. Die nachfolgende Chuan Administration führt neoliberale marktorientierte Reformen in der Folgezeit erfolgreicher und konsequenter

---

<sup>29</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 38f.

<sup>30</sup> v.a. deren große Kontrolle über die Massenmedien sollte beschnitten werden

<sup>31</sup> Vgl. KUHONTA, ERIK MARTINEZ (2008): *The Paradox of Thailand's 1997 "People's Constitution": Be Careful What You Wish For*. In: *ASIAN SURVEY* 48 (3), S. 384 und FREEDMAN 2006: 40f und 50.

<sup>32</sup> Zit. nach: Ebd.: 40.

<sup>33</sup> Vgl. ebd.: 41 und 46.

<sup>34</sup> Ebd.: 38.

<sup>35</sup> Zit.: PRASIRTSUK 2007: 881.

durch.<sup>36</sup> Ab Januar 1998 beginnen sich die Wechselkurse und die Wirtschaft Thailands wieder zu stabilisieren. Durch die neoliberalen Reformen wurden die inländischen Wirtschaftseliten hart getroffen. Case geht davon aus, dass bis zu einem Viertel der großen thailändischen Konglomerate verschwunden sind oder sich stark verkleinern mussten.

Der starke externe Angriff rief bei der inländischen Elite jedoch starke Beschwerden mit oft nationalistischen Untertönen hervor.<sup>37</sup> Prasirtsuk beschreibt, dass: *“...the Chuan administration was criticized as being too docile a disciple of the IMF, implementing many neoliberal policies that emphasized market forces but allegedly hurt domestic capital and workers alike.”*<sup>38</sup> Dies führt nach Lim und Aaron dazu, dass sich das inländische Kapital darauf konzentrierte, den Staat zu beeinflussen bzw. ihn noch weiter zu besetzen, um diesen wieder, seiner historischer Rolle gerecht, als Beschützer des inländischen Kapitals zu errichten.<sup>39</sup> Es entstanden neue, gegen die Regierung und deren neoliberale IWF-Politik gerichtete, klassenübergreifende Organisationen und Bewegungen, die zur Verteidigung gegen ausländische Kontrolle aufriefen. Kitirianglarp und Hewison darüber:

*„These groups founded their ideologies and built political strategies around a nationalist discourse constructed to oppose neo-liberal reforms that stressed saving the country and its businesses from foreign control.... At about the same time, a Neo-Nationalist Front of communarians, NGO leaders and associated intellectuals and politicians was formed.”*<sup>40</sup>

Finanziert wurde diese neue nationale Front v.a. von inländischen Kapitalisten wie dem Thai National Business Club oder der aufsteigenden TRT (Thai Rak Thai) Partei.<sup>41</sup> Thaksin Shinawatra, selbst ein erfolgreicher Unternehmer, wurde als geeigneter Verteidiger der nationalen Wirtschaftsinteressen angesehen, und gewinnt die darauffolgenden Präsidentschaftswahlen 2001.<sup>42</sup> Prasirtsuk über den Wahlkampf: *„Thus, Democrat-bashing and IMF-bashing became important campaign features for the Thai Rak Thai Party during the 2001 elections.”*<sup>43</sup> Durch weitere nationalistisch-populistische Reformen konnte Thaksin die neue Konstitution und vor allem die gestärkte Macht der Exekutive ausnutzen und seine

---

<sup>36</sup> Vgl. ebd: 890.

<sup>37</sup> Vgl. CASE, WILLIAM (2009): *After the Crisis: Capital and Regime Resilience in the ASEAN Three*. In: *JOURNAL OF CONTEMPORARY ASIA* 39 (4), S. 664.

<sup>38</sup> Zit.: PRASIRTSUK 2007: 890.

<sup>39</sup> Vgl. LIM; STERN 2002: 32.

<sup>40</sup> Zit.: KITIRIANGLARP, KENGKIJ; HEWISON, KEVIN (2009): *Social movements and political opposition in contemporary Thailand*. In: *THE PACIFIC REVIEW* 22 (4), S. 454.

<sup>41</sup> Vgl. ebd..

<sup>42</sup> Vgl. LIM; STERN 2002: 32 und PRASIRTSUK 2007: 890.

<sup>43</sup> Zit.: PRASIRTSUK 2007: 890.

präsidentielle Macht zentralisieren. Er nutzte diese zunächst, wie im Wahlkampf versprochen, zum Schutz nationaler Monopole und zur Errichtung von Hürden gegen internationale Investitionen.<sup>44</sup> Doch nach Case änderte sich Thaksins ökonomischer Kurs bald wieder:

*„Thought Thaksin had early in this tenure articulated national resentments, then protected domestic service industries, he soon opened the door more widely to foreign investors. During the decade after the crisis, Thailand attracted three times as much capital from overseas as it had during the boom years of the late 1980s-90s. In this way, the government ceded key export manufacturing sectors to foreign investors, affirming the country's role as a 'host for multinational manufacturing'.*“<sup>45</sup>

Die TRT wurde mehr und mehr angeklagt, sich als nationaler Verteidiger getarnt, in Wirklichkeit aber mit transnationalistischen Kapitalisten gemeinsame Politik gemacht zu haben, und gemeinsam mit ausländischen Investoren die Thaïs und die Nation ausgebeutet zu haben.<sup>46</sup> Prasirtsuk über die Folgen der Zentralisierung und der neoliberalen Politik:

*„Overall, the AFC [Asia Financial Crisis] shifted the Thai political economy in favor of business dominance, while the 1997 Constitution greatly beefed up executive power vis-à-vis that of the legislature. Greater executive authority was abused by the Thaksin regime, which alienated significant sectors of society, resulting in continuing mass protest. [...] All of these united a coalition, consisting mainly of the middle class, bureaucrats, traditional politicians, and elites, to support the military coup.*“<sup>47</sup>

Die ausgegrenzten konservativen Kräfte des Militärs und der Monarchie, sowie die Mittelklasse und die durch weitere neoliberale Reformen getroffenen nationale Wirtschaftselite verbündeten sich 2006 im Militärcoup gegen Thaksin.<sup>48</sup>

*Mechanismen:* Die Abwertung der Währung verursacht für die inländischen Eliten zum einen herbe Verluste, führt gleichzeitig aber auch zum Stopp einiger, für die neue und unkonsolidierte Demokratie immer noch notwendigen **Remunerationszahlungen**. Die IWF Konditionen zwingen Chavalin zudem immer mehr, **gegen seine eigenen Regimeanhänger** vorzugehen. Einige Eliten beginnen ihre Kosten und Nutzen neu abzuwägen. **Die Eliten spalten** sich und verbünden sich zunehmend mit, schon seit den 1990er Jahren stärker

---

<sup>44</sup> Vgl. LIM; STERN 2002: 32.

<sup>45</sup> Zit.: CASE 2009: 666.

<sup>46</sup> Vgl.: KITIRAINGLARP; HEWISON 2009: 459.

<sup>47</sup> Zit.: PRASIRTSUK 2007: 893.

<sup>48</sup> Vgl. CASE 2009: 668.

werdenden, ökonomischen Eliten, welche durch den Reformdruck und die Notwendigkeit ökonomischer Veränderungen zudem gestärkt werden. Der Vorwurf, die amtierende Regierung sei für die Krise verantwortlich, raubt dieser **Legitimität**. Die Opposition findet in der Krise zum einen eine **gemeinsame Angriffsfläche**, und hat es, auf Grund der ebenso hohen Belastungen der Gesellschaft, zum anderen auch leichter, durch die **Mobilisierung von gesellschaftlichen Gruppen**, weiteren Druck auf die konservativen Kräfte auszuüben.

*Auswirkungen:* Der schon seit den Liberalisierungen begonnene Aufstieg der ökonomischen Elite wurde durch die Asienkrise und den darauffolgenden Reformen weiter gestärkt. Die Asienkrise stellt dabei das kurze Aufflammen eines zwischen nationalen und transnationalen Wirtschaftseliten geführten **Kampfes um die Staatsmacht** dar. Die zugrundeliegenden Spannungen zwischen den konservativen Kräften und den neuen Wirtschaftseliten (national oder transnational) entladen sich im demokratischen Thailand erst unmittelbar in einer neuen noch demokratischeren Konstitution und einer neuen eher transnationalistischen Regierung Chun. Mittelbar tragen sie zur Zentralisierung Thaksins und zum Militärcoup 2006 bei. Wo sich nationale Wirtschaftseliten mit konservativen Eliten zum Schutz der Nation vereinen, können **Anti-IWF Ressentiments** sowie gesteigerte **Nationalismen** beobachtet werden.

## 3.2. Indonesien

### 3.2.1. Kontextfaktoren

Was 1966 als kollektivistisches vom Militär dominiertes Regime begann, wandelte sich unter Suharto bis 1997 zunehmend zu einem hoch personalisierten System, das neben dem Militär, zur Legitimation immer mehr auch auf die Parteieninstitutionen der Golkar aufbaute.<sup>49</sup> Militärs, Golkar-Politiker und Bürokratie wurden durch flexible Patronagezahlungen zusammengehalten und ausbalanciert, Oppositionen gespalten und kontrolliert.<sup>50</sup> Ähnlich Thailands Wirtschaft, baute auch Suharto ab 1965 sein ökonomisches System auf einer Militärbürokratie auf. Durch Verträge und Lizenzen mit dem Staat entstanden im Laufe der Zeit große Monopole in Schlüsselindustrien, welche von einflussreichen dem Regime

---

<sup>49</sup> Vgl. SLATER, DAN; MAHONEY, JAMES; THELEN, KATHLEEN (2009): *Altering Authoritarianism: Institutional Complexity and Autocratic Agency in Indonesia*. In: James Mahoney und Kathleen Thelen (Hg.): *Explaining Institutional Change*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 133, 138f und 147.

<sup>50</sup> Vgl. CASE 2009: 656.

verbundenen Persönlichkeiten geführt wurden.<sup>51</sup> Durch die ab den 1980er Jahren zunehmende Lockerung der Protektionen, bei gleichzeitigem Schutz für Monopole und Konglomerate für nahestehende Kronies, konnten diese, nun mit Hilfe von internationalen Investoren weiter wachsen.<sup>52</sup> Dadurch kommt es zu einem System, dass McLeod wie folgt beschreibt:

*„Extortions, and rents generated by the public sector through its economic policies and harvested by cronies of the regime (the conglomerates), members of the first family and large foreign firms – these last three groups being the major beneficiaries of the system.“*<sup>53</sup>

Durch die Sultanisierung und die zunehmende Zivilisierung der Politik durch Suharto wuchs die Verstimmung bei entmachteten und ausgegrenzten Eliten, vor allem von Seiten der Militärs. Slater geht davon aus, dass durch die Personalisierung des Regimes das Militär bis 1995 fast total entmachtet wurde.<sup>54</sup> Das Ende des Kalten Krieges führte ebenfalls dazu, dass das Suhartos Regime nur noch über die Leistung des Wirtschaftswachstums legitimiert wurde.<sup>55</sup> Durch die starke Personalisierung gab es schon vor 1997 eine wachsende Opposition ausgegrenzter Eliten sowie Demonstrationen gegen das Suharto Regime.<sup>56</sup> Vor allem das schon 1996 drastische Ansteigen von ethnisch-religiöser Gewalt (vor allem gegen Chinesen und Christen), sowie gesteigerte Separationsforderungen zeigen nach Bertrand schon vor der Asienkrise eine gesteigerte Elitenuneinigkeit an.<sup>57</sup>

*Kontext:* Die Krise trifft in Indonesien auf eine hoch personalisierte Autokratie mit schon verstimmten, da ausgegrenzten Eliten. Die konservativen Kräfte der Militärbürokratie wurden zunehmend durch eine die Politik finanzierende **Wirtschaftselite herausgefordert**. **Elitenspannungen** zeigen sich durch gesteigerte ethnische Gewalt.

---

<sup>51</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 86.

<sup>52</sup> Vgl. ASWICAHYONO, HARYO; BIRD, KELLY; HILL, HAL (2009): *Making Economic Policy in Weak, Democratic, Post-crisis States: An Indonesian Case Study*. In: *WORLD DEVELOPMENT* 37 (2), S. 362.

<sup>53</sup> Vgl. MCLEOD, ROSS H. (2005): *The struggle to regain effective government under democracy in Indonesia\**. In: *BULLETIN OF INDONESIAN ECONOMIC STUDIES* 41 (3), S. 371.

<sup>54</sup> Vgl. SLATER; MAHONEY 2009: 152 und 160.

<sup>55</sup> Vgl. KALINOWSKI, THOMAS (2007): *Democracy, Economic Crisis, and Market Oriented Reforms*. In: *COMPARATIVE SOCIOLOGY* 6 (3), S. 352.

<sup>56</sup> Vgl. SLATER; MAHONEY 2009: 160.

<sup>57</sup> Vgl. BERTRAND, JACQUES (2008): *Ethnic Conflicts in Indonesia: National Models, Critical Junctures, and the Timing of Violence*. In: *JOURNAL OF EAST ASIAN STUDIES* 8 (3), S. 443.

### 3.2.2. Mechanismen und Auswirkungen

Das starke Staatseingreifen durch Überwachung, Planung und Kontrolle der Wirtschaft, Krony-Kapitalismus und Nepotismus, das seit 1968 für enormes Wirtschaftswachstum gesorgt hatte, wandelte sich nun 1997 zur Hauptursache des Vertrauensverlustes der internationalen Finanzwelt in die indonesische Wirtschaft.<sup>58</sup> Nach Ansteckungseffekten durch die Aufhebung der quasi festen Wechselkurse in Thailand, sowie Spekulationen über Suhartos Nachfolge, wurde im Juli 1997 auch der indonesische Rupiah zunehmend entwertet, und es kam zu einem massiven Kapitalabfluss der durch die vorhergegangene Finanzliberalisierung angesammelten Auslandsschulden des Privatsektors.<sup>59</sup> Suharto spricht sich zuerst offen gegen eine vom IWF angeratene kontraktionäre Finanzpolitik aus.<sup>60</sup> Die Abwertung der Währung verursachte für Suhartos künstlich zusammengehaltenes Elitennetzwerk enorme Verluste.<sup>61</sup> Der weitere Fall des Rupiah, durch die nicht stoppende Verunsicherung der Investoren, lies im Oktober 1997 die Technokraten im Regime zur Überzeugung gelangen, dass das Vertrauen der internationalen Finanzgeber nur durch die Hilfe des IWF wieder herzustellen sei. Diesem Druck gab Suharto widerwillig nach, und so kam es Ende Oktober 1997 zur Einigung über den ersten IWF Rettungsschirm. Die an den Schirm geknüpften Konditionen forderten eine kontraktionäre Finanzpolitik, Restrukturierung des Finanzsektors (Liquidierung von Banken), Aufhebung von Monopolen und die Öffnung des Einzelhandels für ausländische Investitionen.<sup>62</sup> Die Konditionen zwangen Suharto immer mehr, gegen einige seiner besten politischen und ökonomischen Freunde vorzugehen.<sup>63</sup> In der Folge zeigen sich zunehmende Inkonsistenzen<sup>64</sup> bei der Implementierung der vom IWF geforderten Maßnahmen.<sup>65</sup> Der freie Fall des Rupiah konnte trotz Garantien des IWF in den laufenden Monaten nicht gestoppt werden, und so wurde im Januar 1998 ein zweites noch umfassenderes IWF-Paket verabschiedet (geforderte Konditionen: Streichung der

---

<sup>58</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 94.

<sup>59</sup> Vgl. FIRMAN, TOMMY (2002): *Urban development in Indonesia, 1990–2001: from the boom to the early reform era through the crisis*. In: *HABITAT INTERNATIONAL* 26 (2), S. 230 und 232.

<sup>60</sup> Vgl. TAN, KONG YAM (2002): *Asian economic recovery. Policy options for growth and stability*. Singapore, New Jersey: Singapore University Press; World Scientific Pub., S. 159.

<sup>61</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 98f.

<sup>62</sup> Vgl. TAN 2002: 160f.

<sup>63</sup> Vgl. CASE 2009: 657 und FREEDMAN 2006: 96.

<sup>64</sup> so werden z.B. zuvor geschlossenen Banken und Ölraffinerien durch Suhartos Söhne wieder neu eröffnet, und gestoppte Großprojekte beim Infrastrukturausbau durch die Tochter des Präsidenten wieder neu aufgenommen (Vgl. TAN 2002: 166.)

<sup>65</sup> Vgl. TAN 2002: 166.

Subventionen für Benzin und Elektrizität, Stopp von 12 großen Infrastrukturprogrammen sowie die Einstellung von Flugzeugbausubventionen und Privilegien im Autobau). Gleich in der Pressekonferenz des zweiten Packetes wurde wiederum Suhartos Wiederwillen deutlich.<sup>66</sup> Die Neubesetzung des Kabinetts mit weiteren Kronies sowie mit Suhartos Tochter, und die Ernennung des stark umstrittenen Habibies zum Nachfolger Suhartos, ließen die Zweifel an der Fähigkeit der Umsetzung der Reformen weiter bestehen. Es kam zu Zahlungsstopps des IWFs und bis Januar 1998 zu einer weiteren starken Abwertung der Währung.

Die Uneinigkeit der Eliten zeigte sich ebenso in ethnischer und religiöser Gewalt. Im Februar 1998 kommt es zu gewaltvollen Übergriffen auf Chinesen und Christen. Kirchen werden verwüstet und angezündet, Chinesen angegriffen und deren Eigentum zerstört. Polizei und Militär sehen nach Freedman tatenlos dabei zu.<sup>67</sup> Insgesamt nehmen die Opferzahlen der ethnisch-religiösen Gewalt 1998 stark zu.<sup>68</sup>

Erneute Verhandlungen führten im April 1998 zum dritten IWF-Paket. Durch die Streichungen der Subventionen für Benzin und Elektrizität, die v.a. viele gewöhnliche Bürger trafen, kam es ab April zu verstärkten Studentenprotesten gegen das Suharto-Regime.<sup>69</sup> Als durch das Militär 6 protestierende Studenten getötet werden, provoziert dies noch größere Demonstrationen, welche nun vom Militär nicht mehr unterbunden und zunehmend von den Medien getragen wurden, Ende Mai 1998 zu Suhartos Abdankung führten.<sup>70</sup> Unter der Interimsregierung Habibie sowie dem ersten frei gewählten Präsidenten Wahid gleichen sich die Ereignisse denen unter Suharto: inkonsistente Umsetzung, Zahlungsverzögerungen des IWF und Neuverhandlungen. 2001 wurde Wahid wegen Korruptionsvorwürfen seines Präsidentenamtes enthoben.

Erst als 2001 Megawati die Präsidentschaft übernimmt, stabilisiert sich die politische und so auch die wirtschaftliche Lage etwas.<sup>71</sup> Nach Bertrand nimmt danach ebenso die ethnisch-religiöse Gewalt wieder ab. Ein wirklich intensiver Gewaltanstieg ist nach ihm im Zeitraum

---

<sup>66</sup> Ebd.: 169f.

<sup>67</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 87.

<sup>68</sup> Vgl. BERTRAND 2008: 429.

<sup>69</sup> Das IWF-Paket hatte für die Streichungen der Subventionen ein größeres Zeitfenster eingeräumt. Tan geht davon aus, dass Suhartos sofortige und drastische Aufhebungen der Subventionen das Ziel hatten, den IWF in der Öffentlichkeit als Sündenbock zu präsentieren. Diese Politik erwies sich aber als Selbstmordpolitik (Vgl. TAN 2002 176.)

<sup>70</sup> Vgl. DHANANI, SHAFIQ; ISLAM, IYANATUL (2002): *Poverty, Vulnerability and Social Protection in a Period of Crisis: The Case of Indonesia*. In: *WORLD DEVELOPMENT* 30 (7), S. 122 und TAN 2002: 171 und 175ff.

<sup>71</sup> Vgl. MCLEOD 2005: 367 und KALINOWSKI 2007: 358.

zwischen 1997 und 2002 zu beobachten.<sup>72</sup> Das Vertrauen der internationalen Finanzwelt in die Wirtschaft Indonesiens bleibt nach der Transition zur Demokratie jedoch allgemein schlecht und ausländische Direktinvestitionen bleiben gering. Da sich nach der Krise ein größerer Druck für Protektionen und für den Schutz von inländischen Firmen aufbaute, konnten neoliberale Reformen nur sehr bedingt durchgeführt werden.<sup>73</sup> Case kommt zu dem Schluss, dass Partei- und Wirtschaftseliten nach der Transition mehr Macht erhalten haben, und dass:

*„... through its procedures, they may use state power to ward off foreign investors who, in showering capital on some elites, while denying markets to others, can exacerbate their own elite-level disunity and destabilize politics.”<sup>74</sup>*

Die durch die klientelistischen Beziehungen unter Suharto groß gewordenen Wirtschaftseliten erlangen durch die Transition neue Macht im Staat, und nutzen diese nun, um ausländische Investoren fernzuhalten, so Case. Indigene Tycoons besetzten schon vorher wichtige Posten in der Golkar-Partei oder im Kabinett. Nach der Asienkrise greifen diese nun vermehrt direkt in die Politik ein und besetzen die durch die Transition neu vorhandenen politischen Ämter. Nach Case habe sich Indonesien durch die Transition von einem staatsgeführten *“bureaucratic capitalism”* in einen von Wirtschaftseliten geführten *“booty capitalismus”* verwandelt.<sup>75</sup> Case erläutert weiter, dass den Wirtschaftseliten die Demokratie gut passt, da: *“While under bureaucratic capitalism they were passed down patronage, they can through booty capitalism seize it from on high.”<sup>76</sup>* AswicaHyono, Bird und Hill sprechen seit der Krise von gesteigerten Anti-IWF Ressentiments.<sup>77</sup>

Auch der Nationalismus hat demnach zugenommen: *“A major complicating factor for potential foreign investors has been the rise of nationalist sentiment, resulting in strong opposition to the privatization of Indonesia’s large and inefficient state enterprise sector.”<sup>78</sup>*

Gerade als die marktorientierten Reformen unter Megawati ab 2001 durch Privatisierungen und Auflösungen von Konglomeraten fortgesetzt wurden, scheint sich auch die Macht der

---

<sup>72</sup> Vgl. BERTRAND 2008: 431.

<sup>73</sup> Vgl. ASWICAHYONO; BIRD; HILL 2009: 366.

<sup>74</sup> Zit.: CASE 2009: 664.

<sup>75</sup> Vgl. Ebd.: 662.

<sup>76</sup> Zit.: Ebd.: 663.

<sup>77</sup> Vgl. ASWICAHYONO; BIRD; HILL 2009: 357.

<sup>78</sup> Zit.: Ebd.: 360.



alten Oligarchie durch das Beruhigen der Wirtschaftskrise wieder zu rekonsolidieren und nationale ökonomische Konzepte begannen zu florieren.<sup>79</sup>

*Mechanismen:* Die Abwertung des Rupiah verursacht auch für die vom System ausgeschlossene Eliten herbe Verluste. Gerade aber die Profiteure des Systems erleiden durch die Krise zum einen Verluste durch die Abwertung, zum anderen kommt es zum Versiegen der für die künstliche Eliteneinheit so notwendigen **Remunerationszahlungen**. Die IWF Konditionen zwingen Suharto zudem, aktiv **gegen einige Regimeangehörige** vorzugehen. Es kommt **zur Spaltung der Eliten** und mehr und mehr Eliten verbünden sich nach neuen Kosten-Nutzen Abwägungen mit schon zuvor ausgegrenzten Eliten und mit den nach oben strebenden Wirtschaftseliten. Da das System nur durch die nun fehlende Wirtschaftskraft **legitimiert** wurde, und die Krise zudem hohe Belastungen für die Bevölkerung mit sich bringt, zeigen sich die **Elitenneuaushandlungen** auch in gesteigerter **gesellschaftlicher Mobilisierung** (Demonstrationen und ethnische Gewalt). Die Opposition findet in der Asienkrise zudem eine **gemeinsame Angriffsfläche**, durch welche ethnische, religiöse und ideologische Differenzen überwunden werden können.

*Auswirkungen:* Die durch die Ausgrenzung der Eliten vorhandenen Spannungen, sowie das Aufsteigen der Wirtschaftseliten enden im autokratischen Indonesien in der Transition zur Demokratie. Neue nationale und transnationale Wirtschaftseliten strömen in die neu entstandenen demokratischen Institutionen und liefern sich seitdem **weiter Kämpfe um die Staatsmacht**. Als ideologische Gegenstrategien der nationalen Eliten (wirtschaftliche oder eventuell konservative) sind gesteigerte **Nationalismen sowie Anti-IWF Ressentiments** zu beobachten.

### 3.3. Malaysia

#### 3.3.1. Kontextfaktoren

Auf Grund der ungleichen Besitzverhältnisse von Malaien gegenüber ethnischen Chinesen und Indern (zu Ungunsten der indigenen Malaien) kam es 1969 zu blutigen Revolten. Die UMNO Führerschaft hatte mit den wohlhabenden Chinesen und Indern die große malaiische Mehrheit ausgebeutet, so die Vorwürfe.<sup>80</sup> Um die Unterstützung der großen Masse nicht zu

---

<sup>79</sup> Vgl. KALINOWSKI 2007: 359.

<sup>80</sup> Vgl. MCLEOD 2005: 747.

verlieren, leitete die UMNO ab 1971 die NEP (New Economy Policy) ein. Diese Umverteilungspolitik sollte die Armut der Malaien verringern und eine malaiische Wirtschaftselite hervorbringen.

Malaysias politisches System wird von Case als eine von einer Partei dominierte Pseudo-Demokratie beschrieben. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass die bürgerlichen Rechte nicht völlig beschnitten, sondern nur limitiert werden. Der Opposition wird bei Wahlen regelmäßig der Gewinn von 30-40% der Sitze im Parlament ermöglicht.<sup>81</sup> Case: „*The government thus permitted opposition parties to attract some level of support. But it capped their activities with new media controls, sedition laws, and restrictions on assembly.*“<sup>82</sup> Ein bestimmter Grad an Wettbewerb geht so mit der Beschneidung der Bürgerrechte und der Kontrolle der Opposition einher. So konnte die Regierungspartei UMNO alle Wahlen von 1974 bis 1999 mit großen Mehrheiten für sich entscheiden. Durch die NEP wurde eine Umverteilung, sowie ein starkes Wirtschaftswachstum ermöglicht.<sup>83</sup> Dieses System wurde laut Case von klientelistischen Beziehungen zusammengehalten:

„*To satisfy acquisitive Malay elites and cadres, these commitments to rapid insuustrialization and ethnic redistribution were articulated in clientelist ways, made manifest in a stream of state licenses and contracts, cheap bank loans, and an opaque privatization of state assets.*“<sup>84</sup>

Die Rekrutierung der neuen Wirtschaftselite während der 1980er und 1990er Jahre half dabei die gesamte malaiische Unterstützung zu sichern und sorgte für Legitimität.<sup>85</sup> Bis 1997 gab es immer mehr Wirtschaftseliten mit engen Verbindungen zur Regierung.<sup>86</sup> Pepinsky spricht auch davon, dass sich in der UMNO Mitgliederliste vermehrt Wirtschaftseliten finden.<sup>87</sup>

1993 wurde Anwar stellvertretender Präsident der UMNO, und begann zunehmend die Kontrolle der Partei an sich zu reißen und Mahatir innerhalb der Partei zu isolieren. Ideologisch unterschieden sich die beiden dadurch, dass Anwar eher mit einem nicht-

---

<sup>81</sup> Vgl. CASE, WILLIAM (2004): *New Uncertainties for an Old Pseudo-Democracy: The Case of Malaysia*. In: *COMPARATIVE POLITICS* 37 (1), S. 85.

<sup>82</sup> Zit.: Ebd.: 88.

<sup>83</sup> Vgl. Ebd..

<sup>84</sup> Zit.: Ebd..

<sup>85</sup> Vgl. Ebd.: 93.

<sup>86</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 126.

<sup>87</sup> Vgl. PEPINSKY, THOMAS B. (2009): *Economic crises and the breakdown of authoritarian regimes. Indonesia and Malaysia in comparative perspective*. New York, NY: Cambridge University Press, S. 74.

autoritären, mehr Bürgerrechte garantierenden und eher westlich geprägten System der Demokratie in Verbindung gebracht wurde, während Mahatir mehr für das oben beschriebene System der limitierten Demokratie einstand.<sup>88</sup> Anwar sei eher neoliberal eingestellt, Mahatir könne eher als ökonomischer Nationalist bezeichnet werden, so Sundaram.<sup>89</sup>

Zum Aufbau der inländischen malaiischen Wirtschaftselite wurde vermehrt auch mit ausländischen Investoren zusammengearbeitet, und so kam es Anfang der 1980er auch in Malaysia zu Liberalisierungen und Deregulierungen des Wirtschaftssystems. Die NEP musste eine Balance zwischen den zu schützenden inländischen Industrien und der Liberalisierung für ausländische Investoren finden. Auch in Malaysia kam es auf Grund der vorausgegangenen Finanzliberalisierung ab den 1990er Jahren zu gestiegenen ausländischen privaten Schulden, angelegt auf eine sehr kurze Laufzeit.<sup>90</sup>

*Kontext:* Die Asienkrise trifft in Malaysia auf eine unter **Spannung** stehende Pseudo-Demokratie, mit zunehmenden **Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft**. Der direkte Eingriff der wirtschaftlichen Eliten in die Politik zeigt sich aber vergleichsweise schwach. Die Spannungen zeigen sich ab Anfang der 1990er Jahre an gegensätzlichen Vorstellungen über das politische sowie ökonomische System, repräsentiert durch den Präsidenten Mahatir sowie seinen Finanzminister Anwar.

### 3.3.2. Mechanismen und Auswirkungen

Befürchtungen vor Entwertungen der Währung (verstärkt durch auf Abwertungen setzende Spekulanten), Ansteckungseffekte von Thailand und politische Spannungen verursachten eine massive Kapitalflucht, welche nach der Aufhebung der Wechselkursfixierung zur einer schnellen Entwertung des Ringgits sowie einer Liquiditätskrise der Banken führte. Anders als Indonesien, Thailand und Südkorea, konnte Malaysia aber die Krise ohne IWF Hilfszahlungen überstehen.<sup>91</sup> In der Phase von Juli bis November 1997 besitzt nach Sundaram Mahatir die

---

<sup>88</sup> Vgl. PING, LEE POH; YEAN, THAM SIEW (2007): *Malaysia Ten Years After the Asian Financial Crisis*. In: *ASIAN SURVEY* 47 (6), S. 927.

<sup>89</sup> Vgl. SUNDARAM, JOMO KWAME (2006): *Pathways Through Financial Crisis: Malaysia. Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations*. In: *GLOBAL GOVERNANCE: A REVIEW OF MULTILATERALISM AND INTERNATIONAL ORGANIZATIONS* 12 (4), S. 501.

<sup>90</sup> Vgl. RITCHIE, BRYAN K. (2005): *Coalitional politics, economic reform, and technological upgrading in Malaysia*. In: *WORLD DEVELOPMENT* 33 (5), S. 748f.

<sup>91</sup> Vgl. PING; YEAN 2007: 916 und SUNDARAM 2006: 490.

Kontrolle über die makroökonomischen Entscheidungen. Es kommt zu Hilfszahlungen für einige der besten politischen und ökonomischen Freunde des Regimes. Trotzdem bleibt auch Malaysia nicht ohne Reformdruck. Finanzminister Anwar distanziert sich in der Öffentlichkeit zunehmend von den Bailouts und spricht sich für die vom IMF empfohlene kontraktionäre Finanzpolitik aus.

Da sich die ökonomische Situation bis November 1997 nicht verbesserte, und sich der Ringgit weiter stark entwertete, konnte sich in der Regierung zunehmend Anwars neoliberale Position durchsetzen. Bis Dezember 1997 scheint Anwar die volle Kontrolle über die ökonomischen Entscheidungen erlangt zu haben. Es kommt zu einigen vom IMF vorgeschlagenen Lösungsmaßnahmen der Krise wie z.B. zur Reduzierung der Staatsausgaben um 18%.<sup>92</sup> Einige, für Mahatirs Gefolgschaft sehr wichtige große Firmen und Monopole werden dadurch hart getroffen.<sup>93</sup>

Ende August verkündet die Regierung, dass die kontraktionäre Finanzpolitik falsch sei und spricht sich für eine Lockerung der monetären Politik aus. Am nächsten Tag wird Anwar von seinem Posten als Finanzminister und Stellvertretender Premieminister entlassen. Nur eine Woche später gibt Anwar vor tausenden Beteiligten eine Rede gegen Korruption, Kronies und Nepotismus. Anwar reist anschließend zwischen dem 14. und 20. September 1998 durch Malaysia und spricht sich in Kundgebungen, an denen sich teilweise bis zu 75.000 Menschen beteiligten, offen für die Notwendigkeit politischer Reformen wie für die Abtretung Mahatirs aus. Als Anwar am 20. September in Kuala Lumpur vom Dach der Nationalen Moschee seine Unschuld beteuert, und Mahatir weiter offiziell denunziert, scheint die von Indonesien inspirierte Reformasi Bewegung deutlich an Fahrt gewonnen zu haben. Die Kundgebung wurde allerdings mit Tränengas und Wasserwerfern unterbrochen und Anwar noch in derselben Nacht wegen Korruptions- und Sodomyvorwürfen verhaftet.<sup>94</sup>

Die gesellschaftliche Mobilisierung nimmt daraufhin ab, und die Demonstrationen flackern nur im April 1999, nach der Verkündung der 6 jährigen Haftstrafe für Anwar, wieder kurz auf, werden aber wiederum von der Polizei gewaltsam und mit Verhaftungen unterbunden. Im Juli 99 bildet sich eine religions- und ethnienübergreifende Opposition von PAS (Islam), DAP (v.a. ethnische Chinesen) und anderen kleineren Parteien zur BA (Barisan Alternatif).<sup>95</sup>

---

<sup>92</sup> Vgl. SUNDARAM 2006: 491 und 493.

<sup>93</sup> Vgl. PING; YEAN 2007: 927.

<sup>94</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 109ff.

<sup>95</sup> Ebd.

Mahatir löst daraufhin das Parlament auf, und ruft im November 1999 vorgezogene Blitzwahlen aus. Mahatirs BN (eine von der UMNO angeführte Koalition) musste zwar Stimmenverluste an die BA in Kauf nehmen, konnte aber durch die schnelle Wahl und die kurze Vorbereitungszeit der Opposition eine knappe 2/3 Mehrheit für sich behaupten. Trotzdem schien ab 1999 zum ersten Mal ein Wechsel zur Opposition in dem kommenden Wahlen 2003 möglich.<sup>96</sup>

Doch das Regime um Mahatir kann auch die Nachwehen der Finanzkrise auf Grund der Erholung der Wirtschaft und ein nun wieder funktionierendes pseudo-demokratisches System überstehen. In den folgenden Jahren kommt es wieder zu einer Spaltung der Opposition und 2003 zu einem ungefährdeten UMNO-Wahlerfolg mit großer Mehrheit. Wie Case beschreibt, ist es bei Krisen oft nicht die Elitenspaltung an sich, die zum Ende der Elitenkooperation führt, sondern die Tatsache, dass durch das Versiegen der Patronagemittel in Krisenzeiten die Korruption befeuert wird. Bailouts oder Korruptionsvorwürfe delegitimieren dann das gesamte Regime und können zur Spaltung führen. Mahatir verstand es nach der Formation einer breiten Opposition die Korruption gering zu halten, so Case.<sup>97</sup>

Ohne den Druck und die Notwendigkeit für weitere IWF Reformen, ohne eine geeignete Führerfigur und mit einem pseudo-demokratischen System im Rücken, das durch teilkompetitive Wahlen die Legitimation aufrechterhalten und gleichzeitig den Druck der Opposition durch scheinbare Wahlerfolge abbauen konnte, war es Mahatir möglich, die Opposition wieder zu spalten und das Regime zu stabilisieren.

*Mechanismen:* Auch in Malaysia lässt die Asienkrise die **Elitenspannungen** des Systems aufbrechen. Auch hier wird die inländische Elite hart getroffen, **Renumerationszahlungen** werden knapper. Durch den fehlenden Druck der IWF Auflagen sehen sich die Eliten in Malaysia jedoch keinen kommenden Reformen ausgesetzt. Zudem kann Mahatir vielen **Regimeangehörigen** mit Hilfszahlungen zur Seite stehen. Es kommt durch den Krisendruck dennoch zur Elitenspaltung und einer anti-systemischen Opposition unter Anwar. Mahatirs Regierung wurde zwar durch die Krise teilweise **delegitimiert**, die limitierten vorgezogenen Wahlen mit Gewinnen für die Opposition konnten das Vertrauen des Volkes jedoch in ausreichendem Maße sicherstellen. Die stattfindenden **Demonstrationen** können durch das sensible dämpfen der Bürgerrechte, v.a. durch das polizeiliche Unterbinden der

---

<sup>96</sup> Vgl. CASE 2004: 90.

<sup>97</sup> Vgl. Ebd.: 92.

Versammlungsfreiheit unter Kontrolle gehalten werden. In der Asienkrise findet die Opposition zudem eine **gemeinsame Identität**. Ein politischer Wechsel scheint zum ersten Mal durch die religions- und ethnienübergreifende Opposition der BA möglich. Durch das pseudo-demokratische System kann die Opposition in der Folgezeit aber wieder gespalten werden.

*Auswirkungen:* Malaysia scheint die Asienkrise ohne weitere Auswirkungen überstanden zu haben. Das Regime zeigt sich nach der Krise stabil. Transnationale Akteure können vom System ferngehalten werden. Eine zuvor aufsteigende Wirtschaftselite kann den **Staat nicht weiter besetzen**. Es sind keine gesteigerten **Nationalismen** zu beobachten.

### 3.4. Südkorea

#### 3.4.1. Kontextfaktoren

Aufbauend auf einem von Militär und der Bürokratie kontrollierten System konnte in Südkorea ein enormes Wirtschaftswachstum erzielt werden. Südkoreas Einkommen explodierte von ca. 100 US\$ im Jahr 1963 auf 14.000 US\$ im Jahr 2004, und das Land entwickelte sich von einem armen, randständigen Land, zu der elftgrößten Volkswirtschaft der Welt.<sup>98</sup> Kalinowski und Cho:

*“During the high growth period of development from the 1960s until the 1990s, Korea’s financial sector was tightly controlled by the authoritarian developmental state. Until the beginning of the 1980s, most banks were state-owned, and capital inflow and outflow were strictly regulated. State control over banks continued even after the banks were privatized in the early 1980s.”<sup>99</sup>*

Vor 1990 spielten ausländische Direktinvestitionen fast gar keine Rolle. Auslandskredite wurden über das vom Staat kontrollierte Bankensystem vergeben und für die staatsgelenkte Industrialisierung zu günstigen Konditionen an private Kooperationen vergeben, durch die es auch in Südkorea zur Bildung mächtige Konglomerate kommt.<sup>100</sup> Anfang der 1980er und in den 1990er Jahren kommt es zu Liberalisierungen und Anbindungen der südkoreanischen

---

<sup>98</sup> Vgl. Ebd.: 63.

<sup>99</sup> Zit.: KALINOWSKI, THOMAS; CHO, HYEKYUNG (2009): *The Political Economy of Financial Liberalization in South Korea: State, Big Business, and Foreign Investors*. In: *ASIAN SURVEY* 49 (2), S. 224.

<sup>100</sup> Vgl. Ebd..

Ökonomie an die globale Wirtschaft.<sup>101</sup> Seit der Demokratisierung 1987 stellt Kalinowski zwar eine bestimmte Kontinuität mit dem alten militär-bürokratischen System fest, schließt aber weiter, dass:

*„Although they were democratically elected and advanced political liberalization and competition their economic policies were increasingly dominated by the interest of the big conglomerates in Korea – the chaebol. ... The period from 1987- 1997 is thus often referred to as the ‘Chaebol Republic’.”<sup>102</sup>*

Die Macht der Militärs wurde seit der Transition 1987 abgeschwächt. Nachfolger von General und Präsident Chun Doo Hwan wurde in den ersten relativ freien Präsidentschaftswahlen 1987 Roh Tae Woo – allerdings selbst ein Militär und mit sehr guten Verbindungen zu Chun.

Zum ersten zivilen Präsidenten wurde 1993 Kim Young Sam gewählt. Dieser leitete weitere Zivilisierungen der Politik ein und verklagte sogar Militärs wie Chun und Roh auf Grund des Kwangju Massakers von 1980 zu langen Haftstrafen.<sup>103</sup> Kim Young Sams Regierung tat dabei alles, um die Chaebols zu „Global Playern“ zu machen.<sup>104</sup> Kalinowski und Cho sind der Meinung, dass: *„The Globalisation Strategy protected domestic industrial structure to the interest of the chaebols own international expansion, and helped them to become global players.”<sup>105</sup>* Durch die zunehmende Liberalisierung seit den 1980er kam es auch in Südkorea v.a. ab den 1990ern zu einer größeren auch von den Chaebols vorangetriebenen Finanzliberalisierung. Bis zum Ausbruch der Krise ermöglichte dies dem privaten Finanzmarkt das Ansammeln von großen Mengen ausländischen Kaptials.<sup>106</sup>

*Kontext:* Die Asienkrise trifft in Südkorea auf eine vergleichsweise gut konsolidierte Demokratie. Seit der Transition wurden die konservativen Kräfte um das Militär bis 1997 durch eine **aufsteigende Wirtschaftselite** geschwächt. Politische **Spannungen** zeigen sich vor den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen gering.

---

<sup>101</sup> Vgl. KALINOWSKI 2007: 355.

<sup>102</sup> Zit.: Ebd..

<sup>103</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 64f und KALINOWSKI 2007: 355.

<sup>104</sup> Vgl. KALINOWSKI 2007: 351.

<sup>105</sup> Zit.: KALINOWSKI; CHO 2009: 225.

<sup>106</sup> Vgl. Ebd.: 222.

### 3.4.2. Mechanismen und Auswirkungen

Das plötzliche Abziehen großer Mengen ausländischen Kapitals zwang im November 1997 auch die südkoreanische Regierung dazu, den IWF um Hilfszahlungen zu bitten.<sup>107</sup> Kalinowski und Cho erinnern nochmals an die Ursache und die daraus entstehenden Folgen:

*“It is important to keep in mind that the IMF interpreted the Asian crisis and the withdrawal of investment from East Asian as a ‘loss of confidence’ in the crisis countries. So the logical consequence was to implement ‘investor-friendly’ policies, including removing foreign-entry barriers to the domestic market, applying high interest rate policies, and reducing direct state intervention into the economy.”<sup>108</sup>*

Die Chaebols wurden für die Krise verantwortlich gemacht, nicht nur vom IWF, sondern auch von der großen Mehrheit der koreanischen Bevölkerung. Und mit den Chaebols stand auch die aktuelle Regierung in der Kritik. Weniger als einen Monat nach Ausbruch der Krise kommt es so im Dezember so zu Protesten und Demonstrationen über den schlechten Zustand der Wirtschaft.<sup>109</sup> Im selben Monat wird überraschend der oppositionelle Kim Dae Jung zum Präsidenten gewählt.<sup>110</sup>

Dies stellte nach Kalinowski den ersten wirklichen Bruch mit der seit der Demokratisierung bestehenden konservativen Regierung dar.<sup>111</sup> Kim Dae Jung unterhält selbst wenige Beziehungen zu konservativen Eliten der autoritären Regime vor 1987. Im Gegensatz zu Kim Young Sam, dessen Regierung alles daran setzte, die Chaebols zu Global Playern zu machen, unterhielt Jung ebenso nur wenige Beziehungen zu den mächtigen ökonomischen inländischen Eliten der Chaebols.<sup>112</sup> Ausgestattet mit der präsidentiellen Macht, und mit dem reformorientierten Klima im Rücken, konnte die neue Jung Administration die vom IWF geforderten Liberalisierungen, Privatisierungen und Deregulierungen der Wirtschaft größtenteils erfolgreich durchführen.<sup>113</sup> Die Chaebos wurden durch die Krise stark getroffen.<sup>114</sup> Kalinowski: „In Korea, the unexpected victory of Kim Dae Jung in the presidential

---

<sup>107</sup> Vgl. KALINOWSKI 2007: 354.

<sup>108</sup> Zit.: KALINOWSKI; CHO 2009: 228.

<sup>109</sup> Vgl. FREEDMAN 2006: 68.

<sup>110</sup> Vgl. KHO, BONG-CHAN; STULZ, RENÉ M. (1999): *Banks, the IMF, and the Asian Crisis*. In: *SSRN ELECTRONIC JOURNAL*, S. 214.

<sup>111</sup> Vgl. Ebd.: 349.

<sup>112</sup> Ebd.: 351.

<sup>113</sup> Vgl. ROBISON, RICHARD (2003): *Looking Back on the Asian Crisis: The Question of Convergence*. In: *ASIAN JOURNAL OF SOCIAL SCIENCE* 31 (2), S. 163.

<sup>114</sup> Vgl. KALINOWSKI; CHO 2009: 235.



*election greatly helped to facilitate the implementation of neoliberal reforms.*"<sup>115</sup> Und Kalinowski weiter: *"Some of his administration's reforms, such as the liberalization of the stock market for foreign investment, went even further than the IMF demanded."*<sup>116</sup> Durch das Stärken der Rechte von Minderheitsaktionären und des Auslandskapitals, sowie mit Hilfe von neu gegründeten NGOs, konnten die Chaebols erfolgreich eingedämmt werden.<sup>117</sup> Kalinowski kommt zu dem Schluss, dass: *"The old developmental state model that checked the power of the chaebol was dismantled..."*.<sup>118</sup>

Die weitreichenden neoliberalen Reformen führten zu einer weiteren Öffnung der Wirtschaft für Internationale Investoren, v.a. im Bankensektor.<sup>119</sup> Dadurch sind nach Kalinowski die sozialen Unsicherheiten und Arbeitsbelastungen für die südkoreanische Bevölkerung stark angestiegen.<sup>120</sup> Die Arbeitslosenzahlen sind zwar zusammen mit dem Abklingen der Asienkrise zurückgegangen, aber: *"...working conditions worsened and insecurity for employees increased. This was a result of the market oriented restructuring process that forced corporations to focus on profits and not on growth as they used to."*<sup>121</sup> Weiter sei die Anzahl der "irregulären Arbeiter"<sup>122</sup> von 44% vor der Krise auf 52% nach der Krise gestiegen und sei nun viermal höher als der OECD Durchschnitt.<sup>123</sup> Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist nach den neoliberalen Reformen der Asienkrise gefallen.<sup>124</sup> Kalinowski und Cho stellen einen gesteigerten Nationalismus fest:

*"Since 2004, general skepticism about the painful reforms has soared. As nationalist sentiment resurged, public opinion turned in favor of chaebol. Taking advantage of this shift, chaebol launched an ideological counteroffensive to protect their dominant position, which was threatened by foreign competition in liberalized and open Korean markets."*<sup>125</sup>

Die Fehler und Belastungen und Misstände werden oft nicht auf die wirtschaftlichen Reformen, sonder auf das politische System übertragen übertragen, was auf lange Sicht zu

---

<sup>115</sup> Zit.: KALINOWSKI 2007: 354.

<sup>116</sup> Zit.: Ebd.: 355.

<sup>117</sup> Vgl. Ebd.: 356.

<sup>118</sup> Zit.: Ebd.: 355.

<sup>119</sup> Vgl. KALINOWSKI; CHO 2009: 239.

<sup>120</sup> Vgl. KALINOWSKI 2007: 361.

<sup>121</sup> Zit.: Ebd..

<sup>122</sup> Irreguläre Arbeiter haben Arbeitsverträge < 1 Jahr, verdienen bei Verrichtung der gleichen Arbeit mehr als 50% weniger als ihre Kollegen, haben oft weniger Arbeitsschutz und keine richtige Gewerkschaft (Vgl. Ebd..)

<sup>123</sup> Vgl. Ebd..

<sup>124</sup> Vgl. KALINOWSKI 2007: 366.

<sup>125</sup> Zit.: KALINOWSKI; CHO 2009: 237.

einer Delegitimation der Demokratie führen könnte.<sup>126</sup> Kalinowski kommt zu einem erstaunlichen Schluss: *“In some respect East Asia is not developing in the direction of a free market democracy, rather the world is moving in the direction of big business domination of political decisions – the same kind of capitalism that has been haunting East Asia for such a long time.”*<sup>127</sup>

**Mechanismen:** In Südkorea bringt die Abwertung der Währung ebenfalls herbe Verluste für die konservative Regierung sowie für die Chaebols. Es kommt auch hier zu einer Unterbrechung der **Remunerationszahlungen** und zu der politischen **Delegitimierung** der konservativen Regierung. Die Opposition findet in der Krise eine **gemeinsame Angriffsfläche** und kann zum ersten Mal, begleitet durch **Demonstrationen**, einen demokratischen **Regierungswechsel** zu den konservativen Elementen bewirken. Die neue Regierung geht auf Grund der IWF Konditionen hart gegen die einstigen **Regimeangehörigen** vor.

**Auswirkungen:** Die Asienkrise bewirkt in Südkorea einen weiteren Bruch zu den konservativen Kräften. Als Reaktion auf den **Kampf zwischen nationalen Chaebols und transnationalen Wirtschaftseliten** entwickeln erstere **nationale ideologische Gegenentwürfe**.

#### 4. Gemeinsame Mechanismen und Auswirkungen

**Kontextfaktoren:** In allen vier Ländern trifft die Asienkrise auf zunehmend liberalisierte Systeme in denen wirtschaftliche Eliten einen immer größeren direkten und indirekten Einfluss auf die Politik ausüben (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und in Malaysia am schwächsten). Durch die Liberalisierung kommt es zu einem zunehmenden Kampf um die Staatsmacht zwischen nationalen und transnationalen wirtschaftlichen Eliten. Der zunehmende Wettbewerb der wirtschaftlichen Eliten führt, ermöglicht durch die Liberalisierung, zur Ansammlung großer ausländischer Schulden. Alle Systeme weisen politische Spannungen auf (wenn auch in Südkorea sehr gering) welche dann nach dem massiven Kapitalabfluss zum Vorschein treten.

**Mechanismen:** Die Asienkrise verringerte die Remunerationszahlungen der Eliten, delegitimiert die Regierung und bietet der Opposition eine gemeinsame einende Identität

---

<sup>126</sup> Vgl. KALINOWSKI 2007: 365.

<sup>127</sup> Zit.: Ebd.: 370f.

und Angriffsfläche. Durch die Konditionen des IWF werden politische Führer zudem gezwungen, gegen Regimeanhänger vorzugehen. Es kommt zur Elitenspaltung und zu Elitenneuaushandlungen, welche von Demonstrationen oder ethnischer Gewalt begleitet werden.

*Auswirkungen:* In den vier Fallbeispielen hat die politische Macht der wirtschaftlichen Eliten durch die Finanzkrise zugenommen. Am schwächsten zeigt sich der Effekt in Malaysia, wo die transnationalen Eliten weitestgehend aus dem System herausgehalten werden konnten. Die größten neoliberalen Reformen führte Südkorea durch. In Thailand und Indonesien zeigt sich der neoliberale-nationale Kampf der wirtschaftlichen Eliten ausgeglichener. Als ideologische Gegenstrategie zum Neoliberalismus sind unterschiedlich starke gesteigerte Nationalismen zu beobachten.

Wie im allgemeinen Teil beschrieben, kann die Globalisierung als ein Prozess gesehen werden, der zu einer Schwächung der Staaten, und einer Stärkung transnationaler Netze führt.<sup>128</sup> Heberer und Derichs gehen davon aus, dass die Asienkrise diesen Prozess weiter verstärkt hat.<sup>129</sup> Dadush, Das Gupta und Uzan beschreiben, dass *“... the nation-state is believed to have lost its capacity as a locus of economic governance.”*<sup>130</sup> Han und Lim beschreiben, dass die traditionelle Allianz zwischen Staat und lokalem Kapital, sich zunehmend zu einer Allianz Staat mit transnationalem Kapital wandelt, was eine weitere Machtverschiebung vom Staat hin zum Markt bewirkt.<sup>131</sup>

Das Abschwächen des Staates und die zunehmende Abhängigkeit von der Weltwirtschaft und die daraus folgende Anfälligkeit für externe Schocks könnten nach Bowles dazu führen, dass sich die geschwächten Staaten durch Kooperation gegenseitig zu stärken versuchen. Bowles findet einen Unterschied in der Art der Regionalisierung Südostasiens vor und nach der Asienkrise. War die Regionalisierung vor der Krise noch von privaten Akteuren bestimmt, so wird diese als Folge der Krise zunehmend von Staaten bestimmt.<sup>132</sup> Bowles:

---

<sup>128</sup> Vgl. LIM; STERN 2002: 150.

<sup>129</sup> Vgl. HEBERER, THOMAS; DERICHs, CLAUDIA (2002): *Asian Crisis and Political Change: Discourses on Political Reform in East and Southeast Asia*. In: *EUROPEAN JOURNAL OF EAST ASIAN STUDIES* 1 (2), S. 150.

<sup>130</sup> Zit.: DADUSH; DAS GUPTA; UZAN 2000: 101.

<sup>131</sup> Vgl. HAN; LIM 2003: 214 und DADUSH; DAS GUPTA; UZAN 2000: 16f.

<sup>132</sup> Vgl. BOWLS 2002: 230.

*“The perception that the IMF was acting to protect the interests of Western lending institutions and to open Asian markets for Western firms at the expense of Asian workers and the sovereignty of Asian countries was widely held in the region.”<sup>133</sup>*

Die Manifestation dieser Ressentiments ist eine neue regionale Kooperation in der Monetär- und Handelspolitik.<sup>134</sup> Auch nach Dadush, Das Gupta und Uzan ließen die abnehmende Staatlichkeit und die Erkenntnis der starken externen Abhängigkeit, den Wunsch nach regionalen Vereinbarungen aufkommen.<sup>135</sup>

---

<sup>133</sup> Zit.: Ebd.: 238.

<sup>134</sup> Vgl. Ebd..

<sup>135</sup> Vgl. DADUSH; DAS GUPTA; UZAN 2000: 264.

## 5. Literaturverzeichnis

AMMAR, SIAMWALLA (2011): *Thailand after 1997*. In: *ASIAN ECONOMIC POLICY REVIEW* 6 (1), S. 68–85.

ASWICAHYONO, HARYO; BIRD, KELLY; HILL, HAL (2009): *Making Economic Policy in Weak, Democratic, Post-crisis States: An Indonesian Case Study*. In: *WORLD DEVELOPMENT* 37 (2), S. 354–370.

BOWLES, PAUL (2002): *Asia's post-crisis regionalism: bringing the state back in, keeping the (United) States out*. In: *REVIEW OF INTERNATIONAL POLITICAL ECONOMY* 9 (2), S. 244–270.

BERTRAND, JACQUES (2008): *Ethnic Conflicts in Indonesia: National Models, Critical Junctures, and the Timing of Violence*. In: *JOURNAL OF EAST ASIAN STUDIES* 8 (3), S. 443.

CASE, WILLIAM (2004): *New Uncertainties for an Old Pseudo-Democracy: The Case of Malaysia*. In: *COMPARATIVE POLITICS* 37 (1), S. 83–104.

CASE, WILLIAM (2009): *After the Crisis: Capital and Regime Resilience in the ASEAN Three*. In: *JOURNAL OF CONTEMPORARY ASIA* 39 (4), S. 649–672.

DADUSH, URI B.; DAS GUPTA, DIPAK; UZAN, MARC (2000): *Private capital flows in the age of globalization. The aftermath of the Asian crisis*. Northampton, MA: Edward Elgar Pub.

DHANANI, SHAFIQ; ISLAM, IYANATUL (2002): *Poverty, Vulnerability and Social Protection in a Period of Crisis: The Case of Indonesia*. In: *WORLD DEVELOPMENT* 30 (7), S. 1211–1231.

FIRMAN, TOMMY (2002): *Urban development in Indonesia, 1990–2001: from the boom to the early reform era through the crisis*. In: *HABITAT INTERNATIONAL* 26 (2), S. 229–249.

FREEDMAN, AMY L. (2006): *Political change and consolidation. Democracy's rocky road in Thailand, Indonesia, South Korea, and Malaysia*. 1st. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

HAN, JOON; LIM, HYUN-CHIN (2003): *The Social and Political Impact of Economic Crisis in South Korea: A Comparative Note*. In: *ASIAN JOURNAL OF SOCIAL SCIENCE* 31 (2), S. 198–220.

HEBERER, THOMAS; DERICH, CLAUDIA (2002): *Asian Crisis and Political Change: Discourses on Political Reform in East and Southeast Asia*. In: *EUROPEAN JOURNAL OF EAST ASIAN STUDIES* 1 (2), S. 147–176.

INTERNATIONAL ENCYCLOPEDIA OF SOCIAL SCIENCE: "Crony Capitalism". HighBeam Research, Chicago. <http://www.encyclopedia.com/doc/1G2-3045300489.html> - 24.08.2012

KALINOWSKI, THOMAS (2007): *Democracy, Economic Crisis, and Market Oriented Reforms*. In: *COMPARATIVE SOCIOLOGY* 6 (3), S. 344–373.

KALINOWSKI, THOMAS; CHO, HYEKYUNG (2009): *The Political Economy of Financial Liberalization in South Korea: State, Big Business, and Foreign Investors*. In: *ASIAN SURVEY* 49 (2), S. 221–242.

KHO, BONG-CHAN; STULZ, RENÉ M. (1999): *Banks, the IMF, and the Asian Crisis*. In: *SSRN ELECTRONIC JOURNAL*, S. 177–216.

KITIRIANGLARP, KENGKI; HEWISON, KEVIN (2009): *Social movements and political opposition in contemporary Thailand*. In: *THE PACIFIC REVIEW* 22 (4), S. 451–477.

KUHONTA, ERIK MARTINEZ (2008): *The Paradox of Thailand's 1997 "People's Constitution": Be Careful What You Wish For*. In: *ASIAN SURVEY* 48 (3), S. 373–392.

LANG, ANNE-SOPHIE: *Eine Chronik der Euro-Krise*. Zeit-Online Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Hamburg. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-09/chronologie-eurokrise> - 19.08.2012

LIM, LINDA Y. C.; STERN, AARON (2002): *State power and private profit. The political economy of corruption in Southeast Asia*. In: *ASIAN PACIFIC ECONOMIC LITERATURE* 16 (2), S. 18–52.

MCCARGO, DUNCAN (2005): *Network monarchy and legitimacy crises in Thailand*. In: *THE PACIFIC REVIEW* 18 (4), S. 499–519.

MCLEOD, ROSS H. (2005): *The struggle to regain effective government under democracy in Indonesia\**. In: *BULLETIN OF INDONESIAN ECONOMIC STUDIES* 41 (3), S. 367–386.

MÖNNIGHOFF, PATRICK: *Der Blick zurück: Alles schon mal dagewesen*. Handelsblatt GmbH, Düsseldorf. <http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/anlegerakademie/der-blick-zurueck-alles-schon-mal-dagewesen-seite-all/2743628-all.html> - 19.08.2012

PEPINSKY, THOMAS B. (2009): *Economic crises and the breakdown of authoritarian regimes. Indonesia and Malaysia in comparative perspective*. New York, NY: Cambridge University Press.

PING, LEE POH; YEAN, THAM SIEW (2007): *Malaysia Ten Years After the Asian Financial Crisis*. In: *ASIAN SURVEY* 47 (6), S. 915–929.

PRASIRTSUK, KITTI (2007): *From Political Reform and Economic Crisis to Coup d'état in Thailand: The Twists and Turns of the Political Economy, 1997–2006*. In: *ASIAN SURVEY* 47 (6), S. 872–893.

RITCHIE, BRYAN K. (2005): *Coalitional politics, economic reform, and technological upgrading in Malaysia*. In: *WORLD DEVELOPMENT* 33 (5), S. 745–761.

ROBISON, RICHARD (2003): *Looking Back on the Asian Crisis: The Question of Convergence*. In: *ASIAN JOURNAL OF SOCIAL SCIENCE* 31 (2), S. 162–171.

SLATER, DAN; MAHONEY, JAMES; THELEN, KATHLEEN (2009): *Altering Authoritarianism: Institutional Complexity and Autocratic Agency in Indonesia*. In: James Mahoney und Kathleen Thelen (Hg.): *Explaining Institutional Change*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 132–167.

SUNDARAM, JOMO KWAME (2006): *Pathways Through Financial Crisis: Malaysia. Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations*. In: *GLOBAL GOVERNANCE: A REVIEW OF MULTILATERALISM AND INTERNATIONAL ORGANIZATIONS* 12 (4), S. 489–505.

TAN, KONG YAM (2002): *Asian economic recovery. Policy options for growth and stability*. Singapore, New Jersey: Singapore University Press; World Scientific Pub.

WEBBER, MICHAEL (2001): *Finance and the real economy: theoretical implications of the financial crisis in Asia*. In: *GEOFORUM* 32 (1), S. 1–13.